

4. Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Forstwirtschaft

Postulat Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.) vom 15. Januar 2018 WAK Kommission für Wirtschaft und Abgaben

KR-Nr. 6/2018

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat hat sich bereiterklärt, die ursprüngliche Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Erstunterzeichner hat der Umwandlung am 25. Juni 2018 zugestimmt. Hans-Peter Amrein hat an derselben Sitzung vom 25. Juni 2018 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Im Lauf des Jahres 2017 zeichnete sich immer klarer ab, dass wir mit der Klima-Erhitzung und der Überdüngung via Luftschadstoffe unserer grünen Lunge, dem Zürcher und generell dem Schweizer Wald, ein gefährliches Experiment zumuten.

Der Wald soll gemäss unserer Gesetzgebung und unserer 150-jährigen Schweizer Forsttradition verschiedenste Bedürfnisse erfüllen. Der Wald soll uns vor Katastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben schützen; er soll ein wichtiger grüner Deckel auf unseren Grundwasserreserven und Quellen sein; er soll uns erneuerbare Energie und Baumaterial liefern und gleichzeitig das wichtigste Naherholungsgebiet rund um unsere Agglomerationen sein. Schliesslich soll im geschützten Wald der Verlust an Biodiversität, der im Landwirtschaftsgebiet bedrohliche Ausmasse angenommen hat, ein wenig kompensiert werden. CO₂ soll der Wald auch noch speichern und in den immer heisseren Sommern soll er kühle Luft in unsere Städte hinunter liefern. Aber was ist der Forst? Er ist nicht einfach da. Er wird durch die Forstwirtschaft geschützt, gepflegt und unterhalten.

Fast die Hälfte der Waldfläche gehört Privaten und weitere 12 Prozent den Korporationen. Nur 40 Prozent sind im Eigentum der öffentlichen Hand, also des Steuerzahlers. Mit dem Zerfall der Holzpreise in den letzten Jahrzehnten ist es fast unmöglich geworden, mit Waldeigentum Geld zu verdienen. Wer an seinem Wald Geld verliert, hat zwei Möglichkeiten: Entweder er intensiviert und rationalisiert die Holznutzung und baut seine Infrastruktur, also Waldstrassen und Werkhöfe, entsprechend aus. Diesen Weg beschreiten viele grössere Forstbetriebe. Dieser Weg kann Konflikte mit der Erholungsnutzung und der Biodiversität zur Folge haben. Oder aber, die zweite Möglichkeit, er vernachlässigt die Nutzung und Pflege seines Waldes und überlässt das Problem den Nachfolgern, was besonders im Schutzwald und entlang von Strassen und Wegen ebenfalls Risiken mit sich bringt. Diesen Weg müssen viele private Waldbesitzer schweren Herzens gehen, denn eigentlich läge ihnen ihr eigener Wald am Herzen.

Der Regierungsrat verweist in seinem Bericht auf kantonale Subventionen für Schutzwald und die Artenvielfalt sowie für Sensibilisierungskampagnen. Wir anerkennen auch, dass einige Gemeinden den Forstbetrieben unter die Arme greifen,

damit der Wald seine Leistungen als Erholungsgebiet erfüllen kann. Andere sind aber dazu aus finanziellen Gründen nicht in der Lage. Da die meisten Gemeindegrenzen bekanntlich durch die Wälder gehen, wären ein gemeinsames Vorgehen und einheitliche Finanzierungsregeln angesichts der bedrohlichen Szenarien für den Zürcher Wald sicher angezeigt.

Dass nun auch von anderer Seite hier im Rat die Zukunft des Zürcher Waldes mit Sorge betrachtet wird, zeigen zum Beispiel die Anfrage Häusler (*Edith Häusler, KR-Nr. 237/2018*) zur Rolle des Waldes in der Klimapolitik, die Anfrage Farner (*Martin Farner-Brandenberger, KR-Nr. 253/2019*) zu aktuellen wetterbedingten Problemen oder die ebenfalls pendente Motion Schlatter (*Altkantonsrätin Mari-onna Schlatter, KR-Nr. 250/2019*), welche noch einen Schritt weitergeht als unser Postulat und direkt einen Rahmenkredit für die Forstwirtschaft verlangt. Mit Vorlage 5640 hat der Regierungsrat in der Zwischenzeit einen Rahmenkredit für die Bekämpfung der Borkenkäfer beantragt. Käferschäden sind aber nicht die Ursache für die Probleme der Zürcher Wälder, sondern lediglich eines von mehreren Symptomen. Trotzdem freut uns, dass der Zustand des Zürcher Waldes seit der Einreichung unserer Motion in allen politischen Lagern mittlerweile Besorgnis erregt.

Mit der Überweisung des Postulates erhalten wir vom Regierungsrat Entscheidungsgrundlagen für eine neue Waldpolitik, Stichworte sind Siedlungsverdichtung und Klimaerwärmung. Die Finanzierung der zahlreichen Leistungen des Waldes und der Forstwirtschaft zugunsten der Natur und der Öffentlichkeit kann nicht weiter allein von den Eigentümern der Wälder und den kommunalen Forstbetrieben getragen werden. Der kantonale Waldentwicklungsplan stammt von 2010 und wurde lediglich auf Stufe Baudirektion verfügt. Im Zusammenhang mit unserem Postulat wäre der Zeitpunkt günstig, diesen wichtigen Plan hierarchisch neu einzustufen. Denn wir werden nicht darum herumkommen, analog zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft irgendein kantonales einheitliches Abgeltungsmodell einzuführen, das über die Einzelsubventionen gemäss Waldentwicklungsplan hinausgeht. Als Beispiel nenne ich hier die Eichenförderung, die Eibenförderung oder in anderen Bereichen die Tobelwald-Subvention oder verschiedenste Regelungen, die wir auch wieder heute im Jagdgesetz (*Vorlage 5447*) getroffen haben. Einzelsubventionen führen hier in einen Dschungel, der sehr unübersichtlich wird und administrativ nicht einfach zu bewältigen ist. Aber, die Forstbetriebe greifen natürlich in diesem Dschungel nach jedem Strohhalm, um sich finanziell irgendwie über Wasser zu halten.

Kantone wie Freiburg oder Solothurn sind uns bezüglich Abgeltungsmodelle einen Schritt voraus. Dort, wo mittels einer naturschonenden Waldbewirtschaftung Wasservorkommen geschützt werden können, zeigen Cristina Cortellini und ich mit der Motion KR-Nr. 67/2020 eine mögliche Finanzierung aus nicht benötigten Reserven der Wasserversorgungen auf, die den Steuerzahler nicht belasten würde. Zuletzt noch ein Wort an die SVP: Wir bedauern es, dass es Ihnen gelungen ist, mit dem Ablehnungsantrag ein wichtiges Problem, von dem auch viele Landwirte als Waldeigentümer betroffen sind, geschlagene zweieinhalb Jahre aus rein parteipolitischen Gründen auf die lange Bank zu schieben, ohne irgendeinen eigenen

Vorschlag zur Lösung der Probleme zu machen, um die sich Ihr Regierungsrat Kägi (*Altregierungsrat Markus Kägi*) viele Jahre lang ebenfalls Sorgen machte. Wir freuen uns auf eine Gesamtschau über die Finanzierung des Zürcher Waldes durch die Baudirektion und bitten Sie, der Überweisung des Postulats ebenfalls zuzustimmen. Vielen Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Wir sind uns in vielen Sachen einig mit den Postulanten: Der Wald übernimmt eine sehr wichtige und vielfältige Funktion, nicht nur eine, sondern mehrere Funktionen. Und ja, der Kanton ist auf ökonomisch gesunde Waldbewirtschaftung angewiesen. Nur ein regelmässig gepflegter, bewirtschafteter Wald vermag die gesetzlich geforderten Waldfunktionen dauernd und uneingeschränkt zu erfüllen. Die Problematik für die Waldbesitzer ist in der Tat vorhanden; verschiedene ähnliche Vorstösse in anderen Kantonen laufen zurzeit ebenfalls.

Trotzdem sind wir gegen die Überweisung dieses Postulates. Im Aargau wurde eine ähnliche Initiative erst kürzlich klar abgelehnt. Im Fokus der Waldpolitik muss die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen stehen. Dazu ist eine Gesetzesanpassung aber nicht erforderlich. Dem Anliegen, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgelten zu können, kann im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung bereits entsprochen werden. Wir kennen jetzt schon Jungwaldpflege, wir kennen die Beiträge an die Schutzwaldbewirtschaftung, es gibt Aufwertung für Waldrandbewirtschaftung und so weiter. Im aktuellen Umfeld, und insbesondere nach den Ausnahmejahren 2018 mit Sturm, 2019 und 2020 mit dem sehr starken Borkenkäfer-Befall, braucht es in erster Linie eine umfassende Betrachtung der bisherigen Massnahmen betreffend aller Waldfunktionen, aber keine einseitige Betrachtung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Diesen Auftrag hat die Regierung auch ohne Überweisung des Postulates. Mit der Erhöhung des Kredites im Rahmen der letzten Budgetdebatte hat der Regierungsrat dazu auch die nötigen Mittel erhalten. Der Fokus muss zwingend auch in der Holznutzung liegen, und nicht einseitig auf der Erholungsnutzung.

Es ist doch eigentlich ganz simpel, schauen Sie: Wer Wald will, muss Holz brauchen. Nehmen wir uns das zu Herzen. Bauen und heizen wir mit Holz, der Wald und das Klima werden uns das danken. Belasten wir nicht die Verwaltung mit diesem zusätzlichen Bericht, lassen wir sie ihre dringend benötigte Arbeit für den Zürcher Wald erledigen, indem wir auf die Überweisung des Postulates verzichten. Herzlichen Dank.

Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim): Ich habe meine Interessenbindung bereits heute Morgen bekanntgegeben: Ich bin selber Waldbesitzer und Vizepräsident des Waldwirtschaftsverbandes des Kantons Zürich.

Die Motionäre beziehungsweise das Postulat schildert die Situation der Waldbesitzer korrekt. Die Besitzverhältnisse sind kleinräumig, nur ein gutes Drittel führt einen eigentlichen Forstbetrieb, gar die Mehrheit, nämlich 56 Prozent, bewirtschaften ihre Waldfläche nicht respektive sind nicht als forstwirtschaftliche Betriebe im eigentlichen Sinn erfasst.

Das geltende Waldgesetz sieht einige Tatbestände vor, die zu einer Entschädigung führen können wie Beiträge für die Biodiversität oder die Jungwuchspflege – bereits von Martin Hübscher erwähnt. Die gemeinschaftlichen Leistungen in einer generellen Norm abzubilden, scheint uns ein wenig zielführendes Unterfangen zu sein. Zu unterschiedlich sind die Situationen; schon heute bestehen zahlreiche Möglichkeiten, lokal Vereinbarungen zu treffen zur Abgeltung von Aufwendungen, die der Allgemeinheit zugutekommen. Das hat sich grundsätzlich bewährt, auch wenn wir feststellen müssen, dass hier mehr gemacht werden sollte.

Wälder sind für jedermann frei zugänglich. Sie erfüllen unbestrittenermassen eine zentrale Erholungsfunktion, die in der Freizeit intensiv genutzt wird, insbesondere in den Agglomerationen oder in den letzten Monaten bis weit ins Zürcher Unterland oder Weinland hinaus. Dafür sind den Waldbesitzern bislang keine Entschädigungen ausgerichtet worden, obwohl solche Leistungen gemäss Paragraph 24 Absatz 2 des kantonalen Waldgesetzes unterstützt werden können. Ein Schwergewicht muss zwingend auf eine vermehrte Beratung und Betreuung der öffentlichen und privaten Waldbesitzer in den Gemeinden, den Kooperationen, gelegt werden. Nicht zuletzt im Hinblick der jährlich wiederkehrenden Probleme mit dem Borkenkäfer, der auch in diesem Jahr wieder brutal zugeschlagen hat. Die finanziellen Voraussetzungen dafür haben wir mit der Erhöhung des Budgets 2020 geschaffen; ein weiteres Geschäft ist zurzeit bei uns in der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) und wird in den nächsten Wochen ebenfalls vors Parlament kommen. Und mit dem Geschäft Vorlage 5640 über den Rahmenkredit für den Forstschutz, Prävention und Bekämpfung von Borkenkäferschäden, werden wir das Thema auch nochmals aufbringen.

Der Weg der FDP, der einheimischen Holz- und Waldwirtschaft unter die Arme zu greifen, ist primär der marktwirtschaftliche. Wir haben verschiedentlich moniert – in meinen Vorstössen –, dass die öffentliche Hand bei ihren Bauvorhaben mehr tun könnte, um diesen einheimischen Baustoff, diesen wichtigen und guten Baustoff, zu nutzen. Dennoch erachten wir es als notwendig, dass die bereits umfangreichen Möglichkeiten des Waldgesetzes durch Abgeltung gemeinschaftlicher Leistungen voll genutzt werden. Unseres Erachtens braucht es keine Giesskanne, zu prüfen ist hingegen die Wiedereinführung von Revierbeiträgen des Kantons an die Gemeinden, Forstreviere, Kooperationen zur Betreuung des Kleinprivatwaldes.

Die FDP hätte die Motion nicht überwiesen, das Postulat werden wir überweisen und ihm zustimmen. Machen Sie dasselbe. Dankeschön.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich glaube, seit ich im Kantonsrat bin, haben wir noch nie so viel über den Wald gesprochen wie heute. Dieses Postulat, das wir jetzt diskutieren, schliesst eigentlich an die Debatten von heute Vormittag an – am Nachmittag war es ja eher eine ausländerpolitische Debatte.

Wir haben es bereits gehört: Der Wald muss verschiedene Leistungen erfüllen. Das ist einerseits die Holzproduktion, andererseits ist er ein naturnaher Lebensraum, ein Rückzugsraum für die Biodiversität. Er ist das wichtigste Erholungsgebiet für verschiedene Nutzergruppen, die wir im Kanton Zürich haben: Reiter,

Mountainbiker, Spaziergänger, Hündeler et cetera. Er filtert unser Trinkwasser und er schützt uns vor Naturgefahren. Man könnte die Liste noch fortsetzen.

Wenn wir das anschauen, dann sollten wir uns fragen, wie war es dann früher? Was hat sich seither verändert? Und wie wollen wir jetzt mit dieser Situation umgehen? Und früher, das kann ich Ihnen sagen, war es relativ einfach: Da galt die sogenannte Kielwasser-Theorie. Die Kielwasser-Theorie bedeutet, dass der Holzertrag all die anderen Waldleistungen finanzierte. Der Waldbesitzer schlägt das Holz, verkauft es, und mit dem Ertrag finanziert er die Leistungen für die Erholung und den Naturschutz et cetera.

Das funktioniert heute nicht mehr ganz so. Das hat sich verändert. Einerseits können wir sehen, dass Holz als Rohstoff an Bedeutung verloren hat. Andererseits haben wir die Globalisierung, die beim Holz spielt. Holz wird über den ganzen Globus transportiert, wird weltweit gehandelt. Das führt zu weniger Nachfrage, mehr Anbietern, einem Preisdruck und zu weniger Erträgen.

Was hat sich gesellschaftlich verändert? Nun, wir wissen es alle. Die Bevölkerung im Kanton Zürich hat massiv zugenommen, entsprechend hat auch der Erholungsdruck auf die Wälder stark zugenommen. Der Wald ist der wichtigste und der naturnaheste Erholungsraum für die Zürcher Bevölkerung, die meisten gehen mindestens einmal in der Woche in den Wald zur Erholung.

Auch für die Biodiversität ist aufgrund des Drucks im Landwirtschaftsland der Wald der letzte Rückzugsraum, wo sie sich mehr oder weniger ungestört entwickeln kann. Was hat sich auf der Umweltseite verändert? Wir haben mit dem Klimawandel eine höhere Trockenheit, wir haben massive Stickstoffeinträge, die zu einer Versauerung des Waldbodens führen und die Trockenheitsempfindung des Waldes steigern, was den ganzen Klimawandel noch verschärft.

All dies führt einfach dazu, dass dieses Rezept von früher nicht mehr funktioniert. Das Postulat will mit einem Bericht, dass wir einmal über eine andere Möglichkeit nachdenken. Wenn dann Martin Hübscher sagt, wir lehnen das Postulat ab, aber es ist wichtig, dass wir die Holzverwendung fördern, dann verstehe ich ihn nicht mehr. Wir bekommen jetzt ein neues öffentliches Beschaffungswesen. Es gibt auch noch ein Postulat (*KR-Nr. 271/2020*), das will, dass verstärkt mit Holz gebaut werden soll. Davon würden gerade die Zürcher Waldbesitzer profitieren. Aber die SVP wusste nichts Besseres, als dieses Postulat durch einen Diskussionsantrag zu blockieren. Das wollen Sie also auch nicht.

Was ich hier feststelle, ist, Sie haben überhaupt keine Lösungen, ausser dass irgendwelche Subventionen ausgeschüttet werden sollen. Das kann es nicht sein. Ich bitte Sie, stimmen Sie diesem Postulat zu, zeigen Sie eine Perspektive auf, lassen Sie uns darüber diskutieren, wie es weitergehen soll. Das Postulat bringt ja nur einen Bericht, es sagt noch nichts darüber, wie es gemacht werden soll. Wir können anschliessend die Diskussion führen, aber wir können dann eine fundierte Diskussion führen. Und bitte, sorgen Sie dann wenigstens dafür, dass das bereits erwähnte Postulat für mehr Holz im öffentlichen Bau, überwiesen wird, wenn es dann mit einigen Jahren Verspätung drankommt. Ich bitte Sie, stimmen Sie heute diesem Postulat zu. Vielen Dank.

Thomas Honegger (Grüne, Greifensee): Die Forstwirtschaft hat schwierige Rahmenbedingungen. Wenn der Holzertrag nicht mehr reicht, um die Personalkosten des Holzschlages zu decken, wird es schwierig. Eigentlich müssten Holzschläge gewinnbringend sein, um die Investitionen in den kommenden Jahrzehnten zu finanzieren. Dazu kommen forstwirtschaftliche Probleme. Die Dürren in den letzten Jahren und der Druck des Borkenkäfers hat der Fichte, dem eigentlichen Brotbaum des Mittellands, arg zugesetzt. Vielerorts haben Forstreviere reagiert, indem sie ihre Produktion extensiviert haben. Wo früher reihenweise Fichten standen, orientiert sich heute der fachkundige Förster an der für den Standort passenden Waldgesellschaft. Im Idealfall führt die extensive Bewirtschaftung zu artenreichen Laubmischwäldern. Die Subventionspolitik des Kantons muss vermeiden, dass im Wald der nächste Intensivierungsschritt folgt, dass zum Beispiel in unseren Wäldern reihenweise Douglasien gepflanzt werden oder dass nach der Fichte die nächste Intensivkultur angebaut wird.

Wir Grünen wünschen uns einen multifunktionalen Waldbau. Der Wald soll Produktionsstätte, Lebensraum, Wasserspeicher, Schutzwald und Erholungsgebiet zugleich sein. Entsprechend ist es wichtig, dass der Forstwirtschaft nicht bloss der Holzertrag abgegolten wird. Das Amt für Landschaft und Natur kennt bereits diverse Beitragsformen. So besteht beispielsweise die Möglichkeit für einen Waldbesitzer, auf die Nutzung eines alten und dicken Baumes zu verzichten und ihn bis zum Zerfall als Biotop-Baum stehen zu lassen. Im Gegenzug erhält er eine Pauschale von 500 Franken. Noch keine Beiträge kennt das Amt für Landschaft und Natur zum Beispiel für die Erholungsnutzung. Gemäss Ausführungen der Regierung bestünde gemäss Waldgesetz bereits jetzt die gesetzliche Grundlage, solche Beiträge zu entrichten. Entsprechend ist die Regierung bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die Grünen werden dieser Entgegennahme als Postulat zustimmen. Die Regierung soll objektive Kriterien zur Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen erarbeiten, die sich in Leistungsvereinbarungen regeln lassen.

Der Kanton kann mit einer umsichtigen Subventionskultur steuern, ob die Forstwirtschaft weiterhin bereit ist, auf naturnahen Waldbau mit seinem reichhaltigen Nutzen zu setzen. Augenmerk der Forstwirtschaft soll aber weiterhin die Produktion der wertvollen und klimaschonenden Ressource «Holz» sein. Als Grüner freue ich mich über jeden gefälltten Baum, dessen Holz im Kanton Zürich Verwendung findet.

Konrad Langhart (parteilos, Stammheim): Vor bald fünfzig Jahren hatte ich jeweils meinem Grossvater geholfen, die jungen Fichten im Wald auszusteten, damit die ausgewachsenen Bäume zwei bis drei Generationen später dann mal möglichst astfrei geerntet werden könnten. Man mag heute über diesen riesigen Aufwand schmunzeln, aber es war die Zeit als der Wald noch die Sparkasse der Bauern und Gemeinden war. Stand eine grössere Investition an, hatte man im Winter entsprechend Holz geschlagen, um die Finanzierung sicherzustellen. Die Pflege und Offenhaltung des Waldes für die Allgemeinheit war ein willkommenes und kostenfreies Nebenprodukt dieser nachhaltigen Holzerei.

Das ist leider längst alles Geschichte. Die damals von uns gepflegten Bäume sind zwar zum Teil noch da und heute unter meiner Verantwortung, aber der Holzmarkt hat sich grundlegend verändert. Von Sparkasse kann längst keine Rede mehr sein. Im Gegenteil. Gerade im Weinland decken die Erträge die Selbstkosten im Wald in der Regel nicht mehr. Zur Billigkonkurrenz auf dem internationalen Markt kommen in den letzten Jahren enorme Schäden durch Klimawandel, Stürme und Trockenheit dazu. Eine eigentliche Nutzungsplanung ist gar nicht mehr möglich; man räumt nur noch notdürftig auf. Der Wald wird in weiteren fünfzig Jahren ein anderer sein, mit oder ohne menschliches Zutun. Viele Waldeigentümer versuchen in dieser Situation trotzdem immer noch das Beste zu machen, obwohl es sich eigentlich gar nicht lohnt. Doch, wie lange können sie sich das trotz aller emotionaler Bindung zum Wald noch leisten? Wer stellt in Zukunft noch sicher, dass der Wald seine Funktionen auch als Naherholungsraum, Wasserspeicher, Biodiversitäts-oasen, CO₂-Speicher und vieles mehr erfüllen kann? In der Gemeinde Stammheim sind wir inzwischen soweit, dass die Gemeinde den Eigentümern angeboten hat, die Zwangsnutzungen im nachhaltig geschädigten Wald zu übernehmen und den Fehlbetrag nach der Vermarktung der Gemeindekasse zu belasten. In dieser Situation ist es zwingend, dass sich der Regierungsrat dazu Gedanken macht und zeitnah einen Massnahmenplan vorlegt. Nicht nur als Privatwaldbewirtschafter sehe ich hier dringenden Handlungsbedarf. Dass die ehemalige Bauernpartei hier und heute ein urbäuerliches Anliegen bekämpft, ist doch sehr bemerkenswert.

Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss und bleibt am Thema dran.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Mit meinem Vater ins Holz zu gehen, gehört zu meinen stärksten Erinnerungen an meine Jugendjahre. Das Vertrauen zu bekommen, eine Axt in die Hand zu nehmen und ins Holz schlagen zu dürfen, machte mich stolz. Und als ich sogar mit der Kettensäge arbeiten durfte, fühlte ich mich als echter Mann, der die Kindheit schon mit 15 Jahren längst hinter sich gelassen hat. Noch heute bin ich der Meinung, dass es nur wenige Tätigkeiten gibt, die so sinnlich sind wie das Holzen: Frische Luft, Licht- und Farbenwechsel, Gerüche von Schweiß und Harz, Geräusche von leise bis unglaublich laut. Selbst der tiefe Schlaf nach getaner Arbeit war ein anderer und gehörte für mich zum Lohn für harte Arbeit.

Heutige Forstbesitzerinnen und -besitzer mögen an meinen verklärten Jugenderinnerungen keine Freude haben, denn nur mit einem «gesunde und tüüfe Schlaf» können sie sich nichts kaufen. Harte und auch der Gemeinschaft dienende Arbeit muss auch anständig entschädigt werden, zumal der Kanton – wie der Regierungsrat selber feststellt –, auf ökonomisch «gesunde» Waldbewirtschafterinnen und -bewirtschafter angewiesen ist. Nur ein regelmässig gepflegter und bewirtschafteter Wald vermag die gesetzlich geforderten Waldfunktionen dauernd und uneingeschränkt zu erfüllen. Und nur, wenn dies mit Sachverstand und Sorgfalt geschieht, kann der Wald seine Funktionen als Trinkwasserspeicher, CO₂-Reduzierer, Erhalter der Artenvielfalt und Ort der Freizeitgestaltung wahrnehmen, alles Aufgaben, die immer wichtiger werden.

In seinem Strategiepapier 2020 formuliert das Bundesamt für Umwelt unter anderem sehr deutlich, dass, ich zitiere: «Die Mehraufwendungen der Bewirtschafter für die Erbringung der gewünschten Waldleistungen respektive die entsprechenden Mindererlöse abgegolten sind». Er schreibt weiter, dass dazu Grundlagen und Rahmenbedingungen erarbeitet werden sollen, sodass die durch Waldeigentümer erbrachten Waldleistungen in Wert gesetzt werden können. Das von Martin Hübscher hochgelobte System der Einzelsubventionen ist ein bürokratischer aufwendiger Flickenteppich, dessen Problematik wir jetzt aktuell in einem anderen Zusammenhang deutlich sehen.

Weil es für eine greifbare Regelung solcher Leistungen konkrete Gesetzesanpassungen bräuchte, wäre beim vorliegenden Vorstoss die Motion die richtige Form gewesen. Aber weil wir davon ausgehen, dass der aktuelle Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) ebenfalls ein Herz für Waldarbeitende und die Natur hat, sind wir bereit, dieses wichtige Anliegen auch als Postulat zu überweisen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Glücklicherweise ist der Begriff der Waldbewirtschaftung in der Schweiz ein umfassender. Unser Wald dient nicht nur der Holzgewinnung, wie wir bei der Bearbeitung des Jagdgesetzes zur Genüge gehört haben. Die Forstbesitzer übernehmen hier, ähnlich wie auch die Landwirte, Aufgaben im Bereich der Biodiversität und Umwelt. Der Wald ist nicht nur Nutzwald, sondern auch Schutzwald und Naherholungsgebiet. Unsere Waldgebiete sollen nachhaltig bewirtschaftet werden, und nicht nur der Gewinnhäufung dienen, obwohl, ehrlich gesagt, inzwischen dies nicht mehr unbedingt das Problem ist. Wenn man auf die Landkarten schaut, dann kann man erkennen, wie zerstückelt – es wurde bereits angesprochen – die Besitzverhältnisse in unserem Land teilweise sind. Man erkennt da in gewissen Waldgebieten Kleinstgrundstücke an Wald in Privatbesitz, alles so historisch gewachsen. Da kann man sich auch fragen, inwiefern dies noch sinnvoll ist. Dieses Problem lässt sich leider wohl nur sehr schwer beheben in unserer heutigen Zeit. Wobei, wie wir vorhin bereits gehört haben, zum Beispiel die Gemeinde Stammheim bereits reagieren musste, da dies offenbar ein nicht mehr ein allzu gangbarer Weg ist. Wie auch immer.

Wer genügend Wald besitzt und diesen auch sinnvoll bewirtschaften will, stellt schnell fest: Dies hat hier in der Schweiz auch seine Kosten. Und genau hier setzt dieses Postulat an. Wir von der AL wollen, dass der Wald nachhaltig und sinnvoll bewirtschaftet wird. Da dies seit der Liberalisierung des Holzmarkts nur noch schwer machbar ist, macht es hier Sinn, eine Form der Abgeltung zu finden, damit dies nicht zum Negativgeschäft wird ähnlich dem Modell, wie wir es bereits in der Landwirtschaft kennen. Wir sind erfreut, dass der Regierungsrat bereit ist, dies entsprechend umzusetzen. Da ein Modell für solch eine Finanzierung gefunden werden muss, ist das Postulat genau der richtige Vorstoss für dieses Anliegen. Ob der Regierungsrat dann zum Schluss kommt, dass wirklich keine neuen gesetzlichen Grundlagen vonnöten sind oder im Gegenteil eben doch, das werden wir dann sicher dem Postulatsbericht entnehmen können.

Die Alternative Liste wird dieses Postulat überweisen.

Regierungsrat Martin Neukom: Vielen Dank für diese angeregte Debatte. Der Vorstoss verlangt die Abgeltung von den Leistungen, die der Wald für die Öffentlichkeit und die Umwelt erbringt. Ich muss Ihnen sagen, als Kanton sind wir im höchsten Masse angewiesen auf diese Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. Der Kanton selber besitzt nur einen kleinen Teil, weniger als 10 Prozent des Waldes, der sogenannte Staatswald. Der ganze Rest ist in den Händen von Privaten und Gemeinden. Im Kanton Zürich haben wir 18'000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. Jetzt ist es so, damit der Wald seine Funktionen und seine Leistungen für die Öffentlichkeit erbringen kann, braucht es ein bisschen Aufwand; es sind finanzielle Mittel erforderlich.

Zuerst zu den Waldfunktionen: Der Wald wird breit genutzt; das haben wir schon heute Morgen gehört. Also, der Wald ist ein Naherholungsgebiet für die Mountainbiker, die OL-Läufer, die Wanderer und alle, die gerne in den Wald gehen. Der Wald ist gut für die Ressource «Holz», der Wald ist wichtig für die Biodiversität, der Wald schützt vor Naturgefahren. Wenn es an Hängen Holz hat, ist dieser deutlich stabiler, als wenn er kein Holz hat. Der Wald ist eine wichtige CO₂-Senke, vor allem dann, wenn er wächst, und er speichert Wasser. Der Wald hat zahlreiche Funktionen. Jetzt hat es Thomas Wirth sehr schön gesagt: Früher ging die Rechnung auf, weil der Wald diese Funktionen einfach erfüllt hat, und der Waldeigentümer hat mit dem Wald Geld verdient. Deshalb ging es grundsätzlich finanziell auf, weil der Holzpreis entsprechend hoch war und der Wald entsprechend gesund. Heute ist das leider ein bisschen anders: Die Holzpreise sind enorm tief, und ich kenne mehrere Waldbesitzer, die mir sagen, der Waldbesitz ist für sie ein Negativgeschäft, also, sie legen drauf. Sie würden günstiger fahren, wenn sie versuchen würden, den Wald abzustossen. Natürlich ist es so, dass sie das häufig nicht tun, weil mit dem Waldbesitz auch eine gewisse emotionale oder zumindest ideelle Absicht gepflegt wird.

Nun hat Martin Hübscher gesagt, er lehne das Postulat ab, und wir sollen mehr mit Holz bauen. Man kann auch sagen, man unterstützt das Postulat, und wir sollen mehr mit Holz bauen. Ich kann Ihnen sagen, wir haben gerade vor kurzer Zeit die erste Ausschreibung für ein grösseres Gebäude rein in Holz gemacht. Das werden Sie dann noch sehen. Ich bin sehr gerne bereit, mehr mit Holz zu bauen. Ich finde das höchst sinnvoll, weil, mit Holz bauen substituiert Beton, und Beton hat sehr, sehr grosse CO₂-Emissionen und ganz viel graue Energie. Aus dieser Sicht ist es sehr sinnvoll. Zusätzlich bindet Holz CO₂, das heisst, wir haben CO₂ gebunden im Holz, im Gebäude. Also, aus dieser Sicht ist es sehr sinnvoll. Das machen wir.

Ich glaube aber nicht, wenn der Kanton Zürich beginnt, ganz viel mit Holz zu bauen, dass das den europäischen Holzpreis massiv beeinflussen wird. Deshalb werden wir mit dem zusätzlichen Bauen von Gebäuden mit Holz nicht erreichen können, dass der Holzpreis massiv steigt, und deshalb plötzlich die alte Situation wieder herrscht, und die Waldbesitzer Geld verdienen können mit dem Verkauf von Holz. Das wird leider nicht möglich sein. Also, es ist absehbar, dass der Wald seine zahlreichen Funktionen, die er hat, nicht mehr erfüllen kann respektive der Wald nicht mehr entsprechend gepflegt wird rein aufgrund des Marktpreises des

Holzes. Das vermag die Aufwendungen, die Waldbesitzer haben, nicht mehr zu decken, weil der Holzpreis zu tief ist und die Aufwendungen zu gross. Sie haben es gehört, welche Schäden beispielsweise der Borkenkäfer verursacht hat, und welche Aufwendungen nötig sind für die Waldverjüngung, um zu erreichen, dass der Wald in Zukunft stabiler ist.

Grundsätzlich ermöglicht der Waldentwicklungsplan 2010, dass Gemeinden für Erholungsnutzung die privaten Waldbesitzer entschädigen können. Meines Wissens ist das bis jetzt relativ selten der Fall. Es ist also so, dass aktuell keine Gesetzesanpassung zwingend ist, damit der Kanton oder die Gemeinden an Private ausschütten können. Der Regierungsrat teilt grundsätzlich die Bedenken, die die Motionäre respektive Postulanten haben und ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen, um zu prüfen, welche Massnahmen in diesem Bereich sinnvoll sind, um alle Leute an einen Tisch zu holen und zu schauen, was wir machen müssen, damit der Wald zukünftig seine wichtigen Funktionen gewährleisten kann. Deshalb ist der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 42 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 6/2018 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.